



Bezirkserwerbslosenausschuss ver.di
Köln



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bezirk Köln

Büro- und Lieferanschrift

Weinsbergstr. 190
50825 Köln
Telefon: 0221/48558-341
Telefax: 0221/48558-219

Offener Brief an den
DGB-Vorstand
Herrn Michael Sommer
und die Vorstände der Einzelgewerkschaften

Köln, 29.03.2004

„Steht auf“

Sehr geehrter Herr Sommer, sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich Ihres Besuchs in Köln am 10.03.04, Herr Sommer, war Ihnen deutlich anzumerken, wie bestürzt Sie über die neoliberale Politik der rot-grünen Regierung waren. Offensichtlich hat sich die Erkenntnis sehr spät eingestellt, denn die politische Richtung war schon bald zu erkennen. Wir gewerkschaftlichen Erwerbslosen jedenfalls haben bereits frühzeitig darauf aufmerksam gemacht und protestiert. Wir sollten Sie daher fragen, ob der DGB und die Einzelgewerkschaften Erwerbslose damals ernst genommen hat. Die Frage ist aber jetzt, ob der DGB und die Einzelgewerkschaften nunmehr die richtigen Konsequenzen aus den Entwicklungen zieht.

Wir haben es bei Gerhard Schröder mit einer Politik des „mehr vom Alten“ zu tun, die unsere gemeinsamen sozialen und demokratischen Errungenschaften zerschlägt oder zur Disposition stellt. Ähnliche politische Entwicklungen hatten wir bereits in den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts, die mit einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft einher gingen und dem Despoten Adolf Hitler zur Macht verhalfen. Die Entwicklung jetzt geschieht auf Geheiß einer fundamentalistischen neoliberalen Wirtschaftslobby, die – wie Sie zu Recht sagen – nun Blut gerochen hat. Das Lager der Scharfmacher nimmt zu, und ihre destruktiven Aktivitäten und ihr Druck machen das Land auf Dauer inzwischen unregierbar. Die Geschichte der Sozialdemokratie zeigt aber auch – und das dürfte Ihnen nicht unbekannt sein – dass in dieser Hinsicht von ihr keine andere Politik zu erwarten war und ist. Am 22.03.04 hat der neue Parteivorsitzende Müntefering deutlich gemacht, dass er zwar die Gespräche mit den Gewerkschaften suchen will, aber auf keinen Fall den eingeschlagenen Weg ändern wird. Wozu – fragen wir – nützen dann Gespräche. Sie selbst sind doch in der letzten Zeit häufig genug ergebnislos von Herrn Schröder hinausbefördert worden. Daher ändert sich nichts.

Die Politik der rot-grünen Regierung mit diesem „mehr vom Alten“ sehen wir als eine Steigbügelhalter-Politik an, die zu einer gnadenlosen CDU-geführten Regierung führen muss, die für die Menschen unerträglich sein wird. Es wird daher die Frage zu stellen sein, ob die Bürgerinnen und Bürger so viel aushalten sollen, damit in ähnlicher Weise wieder passiert, was manche nicht wahrhaben wollen und vor allen Dingen, wer davon profitiert. Herrn Rogowski (BDI) zufolge soll „am besten alles neu“ gemacht werden, natürlich in seinem Sinne nach dem Motto: Uns muss es schlechter gehen, damit es uns besser geht. Ein Trugschluss, wie wir alle wissen. Mit verheerenden Folgen für die Menschen in unserem Land, ganz zu schweigen von den Folgen für die Gewerkschaften. Denn es handelt sich hier schließlich um nichts weniger als die Aufkündigung des sogenannten gesellschaftlichen Konsenses in unserem Land mit den entsprechenden sozialen Folgen.

Wir gehen davon aus, dass Sie dies alles wissen. Und wir finden daher, dass die Nachwächter-Haltung des DGB und der Einzelgewerkschaften über all die Zeit und der Schmusekurs mit der SPD nach unserer Meinung zu diesen Entwicklungen mit beigetragen hat und weiter beiträgt. Und wir fragen, wo dann der Lerneffekt geblieben ist. Bisher sind wir davon ausgegangen, dass der DGB wenigstens nach außen gegen den sozialen Kahlschlag eintritt.

Aus aktuellem Anlass müssen wir Sie auch fragen, warum Sie Herrn Blüm am 03.04. als Redner eingeladen haben, der sich als Freund der Werktätigen ausgibt, obwohl er als CDU-Minister diesen sozialen Kahlschlag begonnen hat. Wir betrachten das als einen Affront gegen die Bemühungen der Erwerbslosen, diesem „Klassenkampf von oben“ etwas entgegen zu setzen. Wir sehen es als eine nachträgliche Rechtfertigung der damaligen CDU-geführten Politik an und können daher die Haltung des DGB nicht nachvollziehen. Das alles verlangt nach Antworten.

Wir erwarten vom DGB und den Einzelgewerkschaften deutlich mehr inhaltliche Distanz zu dieser Politik des „mehr vom Alten“, nicht nur am 03.04. Wir wollen, dass aus dem Slogan „Steht auf“ künftig machtvoller Druck entsteht, und nicht nur eine inhaltslose Fassade gewerkschaftlicher Selbstdarstellung. Denn in dem Wort „steht auf“ steckt das Wort Aufstand. Sie haben sich nur schon wieder nicht getraut, es auszusprechen.

Einer couragierten Antwort entgegen sehend verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen
für den Ausschuss
Hans-Dieter Hey

